



Geschäftsführung Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-91709

Fax: (0221) 221-26592

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 10.07.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 04.07.2017, 17:05 Uhr bis 18:27 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Dagmar Paffen	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Gräfin Alexandra von Wengersky	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stefan Götz	CDU	(Herr Götz hat Frau Sommer vertreten.)
------------------	-----	--

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Herr Thor-Geir Zimmermann	Gute Wählergruppe Köln
Herr Heiko Nigmann	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertretung der Stadt Köln
---------------------	-----------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Ulf Florian	SPD
Frau Helga Schlapka	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Stephan Horn	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Peter Heumann	auf Vorschlag Die Linke.
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ira Sommer	CDU
-----------------	-----

Beratende Mitglieder

Frau Liane Bchir	AFD
Frau Judith Wolter	pro Köln
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN
Thomas Rossbach	CDU

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

2.2 Mitteilungen der Verwaltung

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.1.1 Fahrplananpassung im ÖPNV

3.1.2 Sachstand zur Aufstellung des Armenierdenkmals

3.1.3 Senkung der KVB/VRS-Fahrpreise für arbeitende Rentnerinnen und Rentner

3.1.4 Aufstellung von Containern an der Grundschule Fußfallstraße

3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Umbaumaßnahmen der Straße "Am Kämpchenshof" zwischen Hansaring und Maybachstraße (Az.: 02-1600-50/16)
3102/2016

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrbahnmarkierung in der Domumgebung (Az.: 02-1600-170/16)
3840/2016

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO "Bewegungsmöglichkeiten für ein E-Mobil" (AZ.: 02-1600-218/16)
1295/2017

4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fehlender Gehweg - Am Eifeltor (Az.: 02-1600-23/17)
1674/2017

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Herr Thelen informiert, dass aufgrund der vom Ausschuss für Anregungen und Beschwerden unterstützten Initiative nun am Skaterpark ein zweiter Wasserspender installiert wurde.

2.2 Mitteilungen der Verwaltung

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.1.1 Fahrplananpassung im ÖPNV

Herr Erkelenz bittet die Verwaltung um Prüfung und Mitteilung, ob aufgrund der vorgesehenen Fahrplananpassung der Deutschen Bahn beispielsweise für die S-Bahn-Linie 11 auch eine Anpassung an die Anschlusslinien der KVB vorgenommen wird.

3.1.2 Sachstand zur Aufstellung des Armenierdenkmals

Herr Thelen bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes.

Hierzu hat die Verwaltung im Nachgang mitgeteilt: Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 13.03.2017 folgenden Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt - der einstimmigen Empfehlung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 03.11.2015 folgend - der Einrichtung eines Gedenksteines auf dem armenischen Gräberfeld des Friedhofs Leimbacher Weg in Köln-Brück zur Erinnerung an die Opfer des Völkermordes an den Armeniern im damaligen Osmanischen Reich in den Jahren 1915/1916 zu. Die konkrete Umsetzung des Beschlusses erfolgt auf der Basis der Vorschriften für die Gestaltung von Grabstätten (§§ 28 ff. Friedhofsatzung) und ist zwischen der Verwaltung und den Petenten abzustimmen. Der Kreuzstein trägt die Inschrift: "Im Gedenken an die Opfer des Völkermordes an den Armeniern - 1915/1916."

Die Verwaltung wird den Beschluss im Benehmen mit der armenischen Gemeinde umsetzen. Dazu fand bereits ein Abstimmungsgespräch hinsichtlich der Aufstellungs-Modalitäten zwischen der armenischen Gemeinde und der Verwaltung statt. Eine abschließende Rückmeldung der Gemeinde steht gegenwärtig noch aus.

3.1.3 Senkung der KVB/VRS-Fahrpreise für arbeitende Rentnerinnen und Rentner

Frau Domke bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes zum Beschluss des Ausschusses vom 15.11.2016.

3.1.4 Aufstellung von Containern an der Grundschule Fußballstraße

Auf Nachfrage von Herrn Klein erläutert Herr Dr. Höver den aktuellen Sachstand. Das Amt für Schulentwicklung ist beauftragt, eine Beschlussvorlage für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zu erstellen, die nach den Sommerferien vorgelegt wird.

3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Umbaumaßnahmen der Straße "Am Kämpchenschhof" zwischen Hansaring und Maybachstraße (Az.: 02-1600-50/16) 3102/2016

Wird zurückgestellt, da die Bezirksvertretung 1 noch Beratungsbedarf hat.

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrbahnmarkierung in der Domumgebung (Az.: 02-1600-170/16) 3840/2016

Wird zurückgestellt, da der nach dem durchgeführten Ortstermin vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik angekündigte Lösungsvorschlag noch nicht vorliegt.

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO "Bewegungsmöglichkeiten für ein E-Mobil" (AZ.: 02-1600-218/16) 1295/2017

Vor Eintritt in die Beratung erläutert Herr Dr. Höver die Entscheidungszuständigkeit der Bezirksvertretung Nippes. Die Entscheidung über Maßnahmen in der betreffenden Straße haben nur Auswirkungen auf den Bezirk Nippes. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden wird aber auf Wunsch der Petentin als Vorberatungsgremium beteiligt (§ 14 Abs. 10 der Hauptsatzung). Versehentlich wurde die Vorlage aber der Bezirksvertretung Nippes bereits vor dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt, so dass die Bezirksvertretung erst im Nachgang über das Beratungsergebnis des Ausschusses informiert werden kann. Die Bezirksvertretung Nippes hat sich gegen die beantragten Vorschläge (z.B. Absenkung des Bürgersteigs) ausgesprochen, sondern für den Auftrag an die Verwaltung, den Bereich im Rahmen der personellen Kapazitäten verstärkt zu überwachen und das Parken neu zu ordnen, so dass eine ungehinderte Passage möglich ist.

Herr Clasen, Seniorenvertreter, erläutert im Auftrag der Petentin die Eingabe.

Herr Rothe vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik nimmt dazu Stellung.

Herr Schneider (SPD) kritisiert, dass die in der Vorlage genannten Anlagen nicht vorliegen, so dass keine umfassende Bewertung der Angelegenheit möglich sei. Außerdem erwarte er, dass die in der ablehnenden Begründung angeführte Argumentation „aus rechtlichen Gründen“ erläutert werde. Er plädiert dafür, eine Lösung zu finden, die der Petentin eine sichere Querung der Fahrbahn in unmittelbarer Nähe möglich macht.

Herr Fischer (Grüne) schließt sich dieser Kritik an. Er bemängelt außerdem, dass der Beschluss der Bezirksvertretung Nippes der Vorlage nicht hinzugefügt sei.

Herr Pohl (CDU) stellt in Frage, aus welchem Grund an anderen Stellen Gehwegabsenkungen möglich seien, an der von der Petentin beantragten jedoch nicht. Die einfachste Lösung sei hier, der Anregung der Petentin zu entsprechen.

Herr Rothe erklärt, dass es keinen rechtlich begründbaren Anspruch auf einen barrierefreien Zugang auf die Fahrbahn gebe, so wie die Petentin es fordere. Dies müsse in jedem Einzelfall begründet und mit den öffentlichen Interessen, beispielsweise nach Parkraum abgewogen werden.

Herr Fischer plädiert für folgenden geänderten Beschlusstext:

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe. Der Ausschuss spricht sich dafür aus, sofort alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um dem Anliegen der Petentin zu entsprechen. Der Ausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Nippes daher, eine Dringlichkeitsentscheidung zu treffen und die Verwaltung mit den erforderlichen Maßnahmen zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Herrn Erkelenz (CDU).

4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fehlender Gehweg - Am Eifeltor (Az.: 02-1600-23/17) 1674/2017

Der Vertreter des Petenten, der Deutschen Post AG, Herr Lippold erläutert die Eingabe. Er regt an, wenn eine Gehwegverbindung nicht hergestellt werden könne, die Fahrzeiten der Buslinie an die Schichtzeiten der Post-Mitarbeiter anzupassen, um ihnen einen ungefährlichen Weg von und zur Arbeitsstelle anbieten zu können.

Herr Rothe vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik nimmt dazu Stellung und erklärt die Ablehnungsgründe.

Herr Schneider (SPD) plädiert dafür, eine akzeptable Lösung zu finden. Wenn die Stadt will, dass die Menschen mehr die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, müsse man auch entsprechende Alternativen möglich machen. Auch die Einrichtung eines Gehweges müsse trotz Landschaftsschutzgebiet möglich sein.

Herr Hammer (B90/Die Grünen) unterstützt diese Argumentation. Eine Fahrplananpassung sei absolut sinnvoll. Dabei sei auch zu prüfen, wie die zonenübergreifende Verbindung preislich akzeptabel geregelt werden könne. Außerdem halte er es für wichtig, die Anbindung an Meschenich sicher zu stellen.

Herr Pohl (CDU) schlägt vor, eine Kostenermittlung für die Gehwegerstellung inklusive erforderlicher Grundstücksgeschäfte zu beauftragen. Außerdem sollte mit der Post AG über eine eventuelle Kostenbeteiligung gesprochen werden. Ein entsprechender Lö-

sungsvorschlag sei dann auch der Bezirksvertretung Rodenkirchen und dem Verkehrsausschuss vorzulegen.

Frau Domke (FDP) bittet, bei dem Prüfergebnis auch die zu erwartenden Fahrgastzahlen und mögliche alternative Beförderungsmöglichkeiten anzugeben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss bittet die Verwaltung,

1. mit der KVB Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel,
 - a. die Fahrplanzeiten an die Schichtzeiten der Deutschen Post Niederlassung am Eifeltor und der Fahrzeiten der Linie 12 anzupassen
 - b. eine bessere Anbindung des Stadtteils Meschenich zu erreichen
2. für den angeregten Gehwegausbau
 - a. die Kosten und rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen und darzustellen
 - b. eine Kostenbeteiligung durch die Deutsche Post zu prüfen
3. die Ergebnisse ihrer Prüfung dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, der Bezirksvertretung Rodenkirchen und dem Verkehrsausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Horst Thelen
Vorsitzender

Ralf Droske
Schriftführer